

Genehmigung der Haushaltssatzung der Stadt Ronnenberg für das Haushaltsjahr 2024 - Beschwerde

Von: Henning Bitter
An: Uta.Kleinwaechter@mi.niedersachsen.de
BC:
Datum: Donnerstag, 13. Juni 2024 8.34 Uhr
Betreff: Genehmigung der Haushaltssatzung der Stadt Ronnenberg für das Haushaltsjahr 2024 - Beschwerde
Anlagen: Text.htm; Anlage_1.pdf; Anlage_2.pdf; Anlage_3.pdf; Anlage_4.pdf

Sehr geehrte Frau Kleinwächter,

Anlass dieser Beschwerde ist die von der Kommunalaufsicht der Region Hannover mit Schreiben vom 18.03.2024 genehmigte Haushaltssatzung der Stadt Ronnenberg für das Haushaltsjahr 2024 (RR/1526/2024: <https://risii.ronnenberg.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1003311>).

Ergänzend fügen wir unseren diesbezüglichen Schriftverkehr mit der Kommunalaufsicht der Region Hannover bei (siehe Anlagen 1 bis 4).

Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport (MI) beschreibt die Kommunalaufsicht folgendermaßen: „Förmliche Mittel der Kommunalaufsicht sind das Informations-, Beanstandungs- und Anordnungsrecht sowie die Ersatzvornahme und die Bestellung eines Beauftragten. Die Schutz- und Beratungsfunktion der Kommunalaufsicht hat dabei grundsätzlich Vorrang vor der Eingriffsfunktion.“

Prüfungsbitte

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Ronnenberg bittet die Kommunalaufsicht des Landes Niedersachsen, vertreten durch das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport (MI), die Genehmigung Haushaltssatzung der Stadt Ronnenberg für das Haushaltsjahr 2024 durch die Region Hannover zu prüfen und in den Haushalt der Stadt Ronnenberg einzugreifen.

Wir bitten zudem um Prüfung und Mitteilung, ob die Haushalte 2023 und 2024 wirksam vom Rat beschlossen wurden oder ob formale Fehler, insbesondere das Fehlen der Haushaltssicherungsberichte, die Unwirksamkeit der Beschlüsse zur Folge haben.

Kritikpunkte

Das Handeln der Stadt Ronnenberg bei der Aufstellung des Haushalts 2024 stellt aus unserer Sicht einen Verstoß gegen den Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit dar. Die Stadt verletzt ihre Entscheidungsbefugnis im Bereich der freiwilligen Leistungen gröblich. Sie handelt in einer Weise, die mit den Grundsätzen vernünftigen Wirtschaftens nicht mehr vereinbar ist.

Aus unserer Sicht hat die Schutz- und Beratungsfunktion der Kommunalaufsicht der Region Hannover, insbesondere bezüglich des Stellenplans und im Kontext der Bedarfszuweisungen des Landes, versagt.

Mit einer Bedarfszuweisung des Landes nimmt die Stadt Ronnenberg Mittel in Anspruch, die der überwiegenden Zahl der Kommunen in Niedersachsen, die besser gewirtschaftet haben, vorenthalten bleibt. Die Bedarfszuweisung zu nutzen, um anschließend die Aufwendungen für Personal und Sachkosten wieder auszuweiten, führt das Instrument der Bedarfszuweisung aus unserer Sicht ad absurdum und kann nicht im Interesse des Landes Niedersachsen sein.

Zielvereinbarung mit dem Land Niedersachsen

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Ronnenberg hat am 14.12.2023 einer Zielvereinbarung mit dem Land Niedersachsen zugestimmt (VO/0786/2023/01/01: <https://risii.ronnenberg.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1003208>). Im Rahmen dieser Vereinbarung wurde beschlossen, auf folgende Stellen zu verzichten:

1. Kompensation der Stelle 12.08 (Zentrale Dienste)
2. Kompensation der Stelle 15.02
3. Streichung der Stelle 13.01
4. Kompensation einer Stelle im Bürgerservice
5. Verzicht auf Wiederbesetzung einer Stelle im Sozialberatungszentrum
6. Verzicht auf dritten Schwimmmeister
7. Reduzierung der Stelle Klimaschutzmanager auf 25 Wochenstunden
8. Verzicht auf die Besetzung der Stelle 11.12 (TGA Ingenieur)

Unter Berücksichtigung der geplanten Bedarfszuweisungen war von einem Ergebnishaushalt von ca. EUR -5 Mio. auszugehen.

Haushaltssatzung und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024

Am selben Tag, unmittelbar nach dem Beschluss über die o.g. Zielvereinbarung, wurde der Haushalt 2024 eingebracht - mit einem Ergebnishaushalt von EUR -8,356 Mio. (VO/0796/2023: <https://risii.ronnenberg.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1003206>). Insgesamt sollen 19 neue Stellen (Vollzeitäquivalente) geschaffen werden, davon 11 in der Verwaltung und 8 im Sozial- und Erziehungsdienst.

Im weiteren Verlauf wurde das Jahresergebnis um EUR 2,361 Mio. auf ca. EUR -6 Mio. verbessert (RR/1516/2024: <https://risii.ronnenberg.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1003286>). Diese Reduktion basiert im Wesentlichen auf Faktoren, die die Stadt Ronnenberg nicht direkt beeinflussen kann, wie Zuweisungen und Umlagen sowie Buchungen im Bereich Personalwirtschaft und Gastschulbeiträge.

Eine signifikante Verbesserung durch die Beratungsergebnisse der Ortsräte, Fachausschüsse und des Verwaltungsausschusses kann sich die Stadt nicht zurechnen lassen. Es ist unsere Erwartung, dass solche signifikanten Veränderungen nicht überraschend im Kontext der Haushaltsberatungen, sondern auch unterjährig kommuniziert werden.

Am 21.02.2024 wurde der Haushalt vom Rat mehrheitlich beschlossen (VO/0796/2023) – inklusive der 11 neuen Stellen in der Verwaltung. Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Ronnenberg hat den Haushalt und den Stellenplan für das Jahr 2024 abgelehnt.

Anlagen:

Anlage 1: E-Mail an die Kommunalaufsicht der Region Hannover vom 21.3.2024

Anlage 2: E-Mail-Antwort der Kommunalaufsicht der Region Hannover vom 5.4.2024

Anlage 3: E-Mail an die Kommunalaufsicht der Region Hannover vom 12.4.2024

Anlage 4: E-Mail-Antwort der Kommunalaufsicht der Region Hannover vom 24.4.2024

Eine Kopie dieser E-Mail geht an:

- die Region Hannover, Kommunalaufsicht: Wolfgang Schäfer, Jürgen Grundstedt,
- die Verwaltung der Stadt Ronnenberg: Bürgermeister Marlo Kratzke, Torsten Kölle, Frank Schulz und Kai Roegglen,
- die Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Ronnenberg: Thomas Bensch, Jens Williges, Dieter Herbst und Marko Nickel und
- alle Mitglieder der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Ronnenberg.

Im Auftrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Ronnenberg
Gerald Müller (Fraktionsvorsitz) und Henning Bitter

Mit freundlichen Grüßen
Henning Bitter
Stadtrat

Henning Bitter, Am Steinweg 8b, 30952 Ronnenberg
Telefon: 0172 510 36 31
E-Mail: henning.bitter@gremien.ronnenberg.de